



# Offener Brief – Spuckhauben – Digitalfunk – Rassismuskvorwurf

**V**or der politischen Sommerpause gab es für die Gewerkschaft der Polizei noch eine ganze Reihe von Themen, die es zu bearbeiten galt. Darüber und über einzelne Ergebnisse wollen wir berichten.

## Offener Brief

In unserer letzten Ausgabe „Deutsche Polizei“ fragten wir uns gespannt, wann die Antwort der SPD-Fraktion auf unseren offenen Brief vorläge. Am 28. Juni war sie da. Der Fraktionsvorsitzende **Björn Tschöpe** bat darin um Entschuldigung für die späte Beantwortung. Dieses sei infolge eines Missverständnisses zustande gekommen.

Herr Tschöpe stellt in seinem Schreiben fest, dass die finanzielle Situation Bremens „sehr angespannt“ sei und daher „der Kurs der Haushaltskonsolidierung fortgesetzt werden müsse“.

Ferner versichert Björn Tschöpe, dass für die SPD die innere Sicherheit ein hohes Gut bleibe. „Auch aus Respekt vor der Arbeit, die die Polizistinnen und Polizisten jeden Tag leisten“, wolle man den Bereich der Polizei von Personaleinsparungen ausnehmen und den derzeitigen Personalbestand halten. Und weiter: „Zur Vermeidung von Einsparungen bei den Personalzahlen der Polizei Bremen haben und werden wir aber strukturelle Maßnahmen ergreifen müssen, um nicht Personalabbauquote in einer Größenordnung von 1,2% erbringen zu müssen.“

Mit Blick auf die Rolle als Empfängerland verbiete sich für Bremen ein Sonderweg im Bereich des öffentlichen Dienstes. Mehrausgaben dürfe es nicht geben.

„Soweit politische Prioritätensetzungen zusätzliche Mittel erfordern, sind diese durch Einsparungen an anderer Stelle auszugleichen. Dies gilt damit leider auch für die in Ihrem offenen Brief vorgebrachten Forderungen, die einen finanziellen Mehrbedarf verursachen.“

Ferner gäbe es auch keine Möglichkeit, ohne eine entsprechende Gegenfi-

nanzierung die Erschwerniszulage zu erhöhen (gemeint ist Dienst zu ungünstigen Zeiten). Die dafür notwendigen Mittel stünden nicht zur Verfügung.

Für die GdP halten wir fest, dass es uns in dem offenen Brief nicht um ein Mehr ging (außer im Bereich der DUZ), sondern um eine Gleichbehandlung mit anderen Verwaltungseinheiten. Bewertung und Bezahlung müssen übereinstimmen. Ein öffentlicher Arbeitgeber kann nicht auf der einen Seite hoch bewertete Stellen einrichten und diejenigen, die diese Arbeit leisten, auf Dauer geringer bezahlen.

Dasselbe gilt für den Personalkostenindex. Dieser liegt bei der Polizei bei 1,10 (größter Anteil der Stellen liegt zwischen A 9 und A 10) und in der übrigen Verwaltung bei 1,27 (größter Anteil der Stellen liegt zwischen A 11 und A 12). Zusammengenommen heißt das, die Polizei befindet sich bei der Verteilung der Stellen eher am unteren Ende der Nahrungskette und nicht nur das, es ist hier auch üblich, diese noch nicht einmal nach ihrer Bewertung zu bezahlen. Was wir einfordern, ist Gerechtigkeit und nicht ein Mehr.

Und zur Zulage Dienst zu ungünstigen Zeiten ist zu sagen, dass sie Mehrkosten von 630 000 Euro verursachen soll, bei einer Anhebung auf fünf Euro die Stunde. Ein Witz, wenn man bedenkt, wie viel für Rettungsschirme ausgegeben wird. Und es wäre noch nicht einmal eine Angleichung an den Tarifbereich.

Zur Personalzahl ist festzuhalten, dass es ja lobenswert ist, diese nicht weiter absenken zu wollen. Nur darf dies nicht mit dem individuellen Einkommen der Kolleginnen und Kollegen bezahlt werden. Denn das kann man auch unter „strukturellen Maßnahmen“ verstehen. Nichts anderes ist das Vorhaben einer Zuzahlung zur Freien Heilfürsorge. Ein Griff in unsere Taschen.

Zum Schluss hofft Björn Tschöpe auf unser Verständnis und darauf, im regen Austausch zu bleiben. Das ist eine Hoffnung, die wir teilen. Wir bedanken uns auf



Horst Göbel

diesem Wege für die ausführliche Beantwortung unseres Schreibens. Allerdings ist die Diskussion damit nicht beendet.

## Spuckhauben

Mit der Forderung der Fachgruppe Schutzpolizei nach einem Einsatzmittel gegen vermehrte Spuckattacken von Festgenommenen hat die GdP das politische Bremen in nicht geringe Verlegenheit gebracht. Die reflexartige Behauptung, die ins Gespräch gebrachten „Spuckhauben“ erinnerten an „Guantanamo“, um damit das Thema in der Versenkung verschwinden zu lassen, zog bei uns nicht. Die GdP stellte klar, dass damit das Problem nicht gelöst ist. Polizistinnen und Polizisten müssen sich nicht von Berufs wegen ansucken lassen. Wenn jemand eine sogenannte „Spuckhaube“ aus ethischen Gründen ablehnt, muss er andere praktikable Lösungen benennen. Ein Aussitzen der Angelegenheit nehmen wir nicht hin.

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

Schon nach einem ersten Artikel in der TAZ dazu beilegte sich der innenpolitische Sprecher der SPD, Sükrü Senkal, zu versichern, dass das Problem erkannt sei und der Innensenator den Auftrag habe, eine Lösung herbeizuführen. Nach einem Artikel im Weser Kurier wurde der Druck auf die Politik noch einmal erhöht. Rose Gerds-Schiffler schrieb in einem Kommentar dazu (Zitat):

„Den Bremer Polizisten auf der Straße reicht es jetzt. Denn was früher die Ausnahme war, geschieht heute immer häufiger – dass sie bespuckt werden. Dass die Beamten ganz pragmatisch und nicht politisch denken, ist ihr gutes Recht. (...)“

Und weiter:

„Eines ist die Diskussion über den Einsatz von Spuckhauben gleich von Anfang gewiss nicht: einfach. Politiker müssen sich ihr aber stellen. Denn wer die Debatte nur aussitzt, belässt alles beim Alten – und

verhindert eine bessere Polizeiarbeit.“ (Zitatende)

Die Gewerkschaft der Polizei fordert in diesem Zusammenhang neben einer Lösung, die die Kolleginnen und Kollegen schützt, eine Regelung im Polizeigesetz, damit sie im Ernstfall auf klaren rechtlichen Grundlagen agieren.

### Digitalfunk

Neben einer Bremer Diskussion über die Verlässlichkeit des digitalen Sprechfunks brachte ein Artikel in der Juli-Ausgabe des „Behörden spiegels“ einen weiteren Aspekt ins Spiel, der allerdings nicht ganz unbekannt war. Die Zeitung thematisierte in einem Artikel zum Digitalfunk eine Langzeitstudie aus Großbritannien, die 2003 gestartet wurde und bis 2018 fortgeführt werden soll. Auslöser dieser Studie waren Klagen britischer Polizeibeamter über Gesundheitsbeeinträchtigungen nach Einführung des Digitalfunks 2001 in Großbritannien. Die geschilderten Symptome (Kopfschmerzen, Zahnschmerzen, Bluthochdruck etc.) sind solche, die auch mit Stress in Verbindung gebracht werden können. Auffallend war jedoch, dass es in direkter Umgebung von Basisstationen fünf Fälle von Halskrebs gab (2001).

Darüber hinaus veröffentlichte ein Wissenschaftler (Hyland) der Universität Warwick in Großbritannien im Jahr 2006 einen Aufsatz, in dem er auf die Schädlichkeit von Strahlung in der Umgebung von Basisstationen (Antennenanlagen) hinwies. Seine Position ist bei den Wissenschaftlern nicht unumstritten.

Durchgeführte Messungen mit einem automatischen Messsystem in Berlin wiesen nach, dass die Grenzwerte, die unter anderem durch die Weltgesundheitsorganisation (WHO) vorgegeben sind, an den Basisstationen des Digitalfunknetzes um ein Vielfaches unterschritten werden.

Neben den Untersuchungen der Strahlung von Basisstationen sind jedoch auch solche von denen der Endgeräte zu beachten.

Die Polizei NRW nahm eigene Untersuchungen vor, bei denen sie ebenfalls feststellte, dass die Grenzwerte an Basisstationen bei Weitem nicht erreicht werden.

An den Antennen der Endgeräte war der Wert allerdings um das 1,2fache überschritten. Voraussetzung: Der Kopf des Funkenden würde an der Antenne liegen. Schon 5 cm davon entfernt lag der Grenzwert bei 33% der vorgegebenen (Vorsorge-)Norm.

Derzeit laufen zwei Studien des Bundesamtes für Strahlenschutz in Zusam-



**Digitale Handfunkgeräte: Eine gesundheitsgefährdende Strahlung lässt sich bisher nicht nachweisen.**

menarbeit mit der Charité Berlin und der Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden. Deren Ergebnisse liegen noch nicht vor.

Eine endgültige Bewertung von möglichen schädlichen Einflüssen des Digitalfunks kann nach Aussagen der Experten erst nach Auswertung der Studien erfolgen.

Die Haltung der GdP dazu war schon früh eindeutig. Nach Bekanntwerden der Kritik britischer Kollegen forderte der damalige Bundesvorsitzende Konrad Freiberg einen Nachweis der gesundheitlichen Unbedenklichkeit des Systems. Mit den genannten Langzeitstudien kam man der Aufforderung nach, mögliche gesundheitsgefährdende Auswirkungen zu untersuchen.

## TERMIN

**Redaktionsschluss für die September-Ausgabe 2012, Landesjournal Bremen, ist der 13. August 2012.**

Artikel bitte mailen an:  
Ahlersbande@t-online.de



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe: **Landesbezirk Bremen**

**Geschäftsstelle:**  
Bgm.-Smidt-Straße 78  
28195 Bremen  
Telefon (04 21) 9 49 58 50  
Telefax (04 21) 9 49 58 59  
Behörde: 1 09 48  
Internet: [www.gdp-bremen.de](http://www.gdp-bremen.de)  
E-Mail: [info@gdp-hb.de](mailto:info@gdp-hb.de)

**Redaktion:**  
Wolfgang Ahlers (V.i.S.d.P.)  
c/o Gewerkschaft der Polizei  
Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen  
Telefon dienstlich (04 21) 3 62-1 90 56

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Forststraße 3 a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33 vom 1. Januar 2011

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-642X



## LANDESVORSTAND

Für uns als GdP ist eine gute Funkversorgung unerlässlich, andererseits muss der Arbeitgeber gewährleisten, dass die Gesundheit unserer Kolleginnen und Kollegen nicht gefährdet wird.

Wir baten den zuständigen Kollegen beim Senator für Inneres, Frank Seeliger, in für Laien verständlicher Form die Technik des Digitalfunks zu beschreiben und das den Kolleginnen und Kollegen zur Verfügung zu stellen. Frank Seeliger kam dieser Bitte dankenswerterweise nach.

### Rassismusvorwurf

Die Fraktionsvorsitzende der Partei Die Linke, **Kristina Vogt**, hatte in einer Stellungnahme zu dem Prozess um den Brechmitteleinsatz erklärt, die Vor-

kommnisse seien das Ergebnis eines strukturellen Rassismus innerhalb der Behörden. In der GdP-Geschäftsstelle gingen darauf Mails von empörten Kollegen ein, die sich persönlich getroffen fühlten. Sie verstanden den Vorwurf als den eines von ihnen ausgeübten Rassismus.

Die Gewerkschaft der Polizei reagierte mit einer Pressemeldung, in der sie den von den Kolleginnen und Kollegen so verstandenen Vorwurf in aller Schärfe zurückwies. Frau Vogt setzte sich daraufhin mit dem Landesvorsitzenden in Verbindung und bat um ein klärendes Gespräch.

In diesem erläuterte sie der GdP ihre Betroffenheit über die Reaktionen der Kollegen und erklärte, dass sie in keiner Weise die Beschäftigten der angespro-

chenen Behörden des Rassismus verdächtigt habe. So wollte sie nicht verstanden werden. Sie habe vielmehr die gesetzlichen und behördlichen Vorgaben insbesondere beim Aufenthaltsrecht gemeint und strebt hier eine politische Veränderung an.

Wir begrüßen, dass Frau Vogt auf unsere Äußerung reagierte und die Sachlage in aller Offenheit geklärt hat.

**Horst Göbel,**  
Landesvorsitzender

### Quellen zum Digitalfunk

Bundesamt für Strahlenschutz  
Die Zeitung „Behörden Spiegel“  
Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden  
Senator für Inneres (Frank Seeliger)

## FACHGRUPPE SCHUTZPOLIZEI

# Gerechtigkeit, Perspektive, Motivation – auch für die Schutzpolizei?!

**Erfolgreiche Unternehmen haben längst erkannt, dass sie ihr Personal gut behandeln müssen, damit sie konkurrenzfähig bleiben. Nur motivierte Mitarbeiter sind leistungsfähig und liefern beständig gute Arbeitsergebnisse.**

Die politisch Verantwortlichen muten ihren Polizeibeamten viel zu. Wir verichten unseren Dienst nicht zum Selbstzweck, sondern aus Überzeugung für die Bürger. Diese Grundeinstellung wird vom Dienstherrn schamlos ausgenutzt. Nur eine personell und materiell angemessen ausgestattete Polizei kann ihren gesetzlichen Auftrag adäquat erfüllen.

Das besondere Dienst- und Treueverhältnis entwickelt sich aber immer mehr zu einer Einbahnstraße. Bremen nimmt in der Kriminalitätsstatistik eine Spitzenposition ein. Gleichzeitig fielen in den zurückliegenden 16 Jahren 336 Stellen dem Rotstift zum Opfer. Immer mehr Arbeit muss auf immer weniger Schultern verteilt werden. Das Engagement der Idealisten honorierte der Senat mit der Einschränkung oder Streichung von Sozialleistungen, jahrelanger Magerkost bei der Übernahme von Tarifabschlüssen, einer beschämenden Vergütung der

Schichtzeiten, Reallohnverlust im Umfang von mittlerweile 18 Prozent, unzureichender und mangelhafter Ausrüstung, schwindender beruflicher Perspektiven, fehlender Wertschätzung etc.

### Umfrageergebnis wird politisch ignoriert

Im letzten Jahr führte die Fachgruppe –S– eine Befragung innerhalb der Schutzpolizei durch. Das alarmierende Ergebnis wurde bisher vom Senat konsequent ignoriert: Mittlerweile leiden 62 Prozent der Schutzpolizisten unter teilweise massiven gesundheitlichen Problemen. 40 Prozent der Kolleginnen/Kollegen fühlen sich der gegen sie gerichteten Zunahme an Gewalt nicht mehr gewachsen!

In diesem Kontext sprechen die Ergebnisse der KFN-Studie ebenfalls für sich. Die Gefahr, im alltäglichen Dienstbetrieb schwer verletzt zu werden, ist für den „Schutzmann und die Schutzfrau“ in der Relation zu den anderen Direktionen (BePo: geschlossene Einsätze/Spezialeinheiten, z. B. SEK u. MEK) ca. sechs Mal so hoch, und im Vergleich zu den Kollegen der Kripo ist die Gefahr sogar 17 Mal höher. Kein Futterneid!

Sämtliche Direktionen sind stark belastet und arbeiten teilweise über dem



**Michael Birkhan**

Limit. Jedoch sind über die Hälfte der Kripo-Stellen mit A 11 und höher bewertet! Auch in anderen Direktionen wurden für die Mitarbeiter Perspektiven geschaffen. All diese Kolleginnen und Kol-

Fortsetzung auf Seite 4



**FACHGRUPPE SCHUTZPOLIZEI**

Fortsetzung von Seite 3

legen leisten täglich hochqualifizierte Arbeit und die Bewertung ist angemessen. Allerdings leisten die Allrounder der Schutzpolizei nicht weniger qualifizierte, anspruchsvolle Arbeit. Mit dem kleinen Unterschied: Höher dotierte Stellen sind bei der Schutzpolizei leider nicht vorgehen!

**Schutzpolizei – Verlierer der Reform?**

Als unser Polizeivizepräsident, Herr Fasse, noch die Funktion des Leiters der Schutzpolizei bekleidete, räumte er während einer Veranstaltung in Bremen-Nord ein, dass die Schutzpolizei bei der Stellenbewertung damals schlecht weggekommen sei. An anderer Stelle erklärte Herr Fasse, dass es bei jeder Reform bedauerlicherweise auch Verlierer gibt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Reform bedeutet gemäß Duden Verbesserung des Bestehenden! Wie viel ist eine

Reform wert, die eine Vielzahl von Verlierern produziert? Führungskräfte und Mitarbeiter erreichen ihre Ziele nur gemeinsam. Durch Teamgeist, professionelle Arbeit, gegenseitige Wertschätzung und gerechte Behandlung entstehen Motivation und Leistung.

„Wie kann ich meine Mitarbeiter besser motivieren?“

Diese Fragestellung geht in die falsche Richtung. Die Kernfrage muss lauten: „Wie verhindere ich, dass ich meine Mitarbeiter demotiviere?“ Demotivation führt letztendlich in die innere Kündigung. Wissenschaftlich belegt ist, dass u. a. folgende Faktoren Menschen in die innere Kündigung treiben:

- **Fehlende Anerkennung, Kommunikation und Sinnggebung**
- **Als ungerecht empfundene Leistungsbeurteilungen, Bewertung der Arbeitsergebnisse**
- **Burnout, Depression, Stress**
- **Nichterfüllung von beruflichen Erwartungen oder Versprechungen**
- **Unzufriedenheit mit der Arbeitssituation**

• **Unnötige Bürokratisierung und Formalisierung usw.**

Es ist ein offenes Geheimnis, dass aus Kostengründen Verbesserungen (Bewertung, Besoldung, Zulagen etc.) für kleinere Einheiten leichter umsetzbar sind. Die Direktion –S– ist nun einmal von der Anzahl der Bediensteten her die größte Direktion.

Im Sinne der Bürger sollten die politisch Verantwortlichen und unsere Führungskräfte nicht die Idealisten in Uniform vernachlässigen. Auch diese Kolleginnen und Kollegen (ESD, Revierdienst, TI-Kräfte und alle anderen) haben einen Anspruch auf eine gerechte Behandlung, angemessene Bewertung, Wertschätzung und Perspektiven. Demotivierte Schutzpolizisten kann sich die Freie Hansestadt Bremen definitiv nicht leisten!

*Michael Birkhan,  
Medienbetreuung  
Fachgruppe Schutzpolizei*

**FACHGRUPPE SENIOREN**

**Termine**

**Im Monat August finden keine Treffen statt (Sommerpause).**

Unsere nächsten Treffen:

*Bremerhaven*

**Dienstag, 11. September 2012,  
16.00 Uhr, Ernst-Barlach-Haus,  
Am Holzhafen 8**

*Bremen*

**Donnerstag, 13. September 2012,  
15.30 Uhr, Grollander Krug**

*Wolfgang Karzenburg*



**Tagesseminar „Vorbereitung auf den Ruhestand“**

**R**uhestand – ein neuer Lebensabschnitt bedeutet häufig etwas Neues, auch Unbekanntes. Für nicht Wenige taucht die Frage auf: Was verändert sich für mich? Was muss ich erledigen?

Wir wollen dabei helfen, eventuelle Fehler zu vermeiden, oder auch nur einige Tipps geben. Wir bieten dazu eine Informationsveranstaltung in Form eines Tagesseminars (9.00 bis 16.00 Uhr) für Kolleginnen und Kollegen an, die in absehbarer Zeit in den Ruhestand gehen, aber auch für Kolleginnen und Kollegen, die bereits im Laufe des Jahres in den Ruhestand gegangen sind.

**Themen dieser Veranstaltungen:**

- Pensionen und ihre Berechnungen
- Beihilfe im Ruhestand
- Krankenversicherung
- Patienten- u. Betreuungsverfügung
- Vorsorgevollmacht
- Allgemeine Fragen des täglichen Lebens,

die für den Ruhestand wichtig sind

- Beantwortung individueller Fragen

*Bremen*

**Dienstag, 25. September 2012,  
9.00 Uhr, Vereinsgaststätte Postillion –  
Bremer Sportclub, Werderstr. 66,  
28199 Bremen**

*Bremerhaven*

**Dienstag, 16. Oktober 2012, 9.00 Uhr,  
Ort wird noch bekannt gegeben.**

Anmeldungen ab sofort – auch für Kolleginnen und Kollegen aus Bremerhaven – über die GdP-Geschäftsstelle: Telefon 04 21/9 49 58 53 oder E-Mail: info@gdp-hb.de

Sonderurlaub kann beantragt werden.

*Wolfgang Karzenburg*



LANDESFRAUENGRUPPE

# Auf zu neuen Ufern in der Führungsebene

**Der Startschuss für die zweite Staffel der Ausbildung für Führungskräfte der mittleren Führungsebene ist gefallen. Sehr positiv sind die Auswahlkriterien für die kommende Elite der mittleren Führungsebene zu sehen. In den Anforderungsprofilen spiegelt sich mit Merkmalen wie Eigenständigkeit, Zielstrebigkeit, Lernfähigkeit, Teamfähigkeit, Stresstabilität, Selbstvertrauen, Kreativität etc. wider, wie die Personalführung der Zukunft aussehen soll.**

Bereits beim Lesen der Voraussetzungen für Führung kann man ins Schwärmen geraten. Vorgesetzte mit Empathie, die nicht nur auf ihre nächste Beförderungsmöglichkeit warten, sondern die uns vorleben, dass sie bis in die Haarspitzen motiviert sind, und die auch unange-

nehme personelle Entscheidungen transparent und somit für uns nachvollziehbar gestalten.

Ja, genau diese Vorgesetzten brauchen wir! Wir wollen mitgenommen werden und nicht nur von OBEN Befehle erhalten. Am besten finde ich es jedoch, dass

die soziale Kompetenz einen hohen Stellenwert einnimmt.

Gewusst haben wir es ja schon immer, Empathie ist nur ganz bedingt erlernbar. Mann/Frau hat sie oder auch nicht!

Fortsetzung auf Seite 6

## FG SCHUTZPOLIZEI

### Spuckhauben = Guantanamo?

**Verachtet der Rot-Grüne-Senat seine Polizeibeamten wirklich so sehr?**

**W**ir Polizeibeamte riskieren für die Bürger und die Politiker unsere Gesundheit und manchmal sogar unser Leben! Aber wer schützt uns? Studien belegen, dass die Gewalt gegen Polizisten qualitativ und quantitativ zunimmt. Statt ihrer Fürsorgepflicht nachzukommen, stellt der Rot-Grüne-Senat die Polizisten auf die gleiche Stufe mit Folterknechten!

Häufig werden Einsatzkräfte von aggressiven Straftätern nicht nur beleidigt, attackiert, mit Steinen beworfen, geschlagen und getreten, sondern auch gebissen und angespuckt. Fremder Speichel im Gesicht ist in höchstem Maße demütigend, ekelig und beleidigend. Schlimmer noch: Im Mundsekret leben nicht nur Mikroben, sondern unter Umständen hoch infektiöse Viren und Bakterien (z. B. Hepatitis-B-Viren). Ein adäquater Schutz für die Polizeibeamten ist der Einsatz von Spuckhauben. Die politisch Verantwortlichen lehnen dieses milde Einsatzmittel ab und ziehen eine direkte Verbindung zu Guantanamo! Radikaler Stellenabbau, Streichung von Sozialleistungen, jahrelange Magerkost bei Tarifabschlüssen, Reallohnverlust, eine beschämende Wechselschichtdienstvergütung, kein politischer Rückhalt, fehlende Wertschätzung, mangelhafte Ausrüstung/Ausstattung! **Was will uns Rot-Grün noch zumuten? ES REICHT!!**

*Michael Birkhan,  
Fachgruppe Schutzpolizei*

**GdP-Tanzparty**

**AM: 13.10.2012**

**EINLASS: 18:30UHR**  
**KOSTENLOSE BACKSTAGEFÜHRUNG 18:00**

**IM MUSICAL THEATER  
BREMEN**

**TICKETS SIND ÜBER DIE GDP GESCHÄFTSSTELLE  
ERHÄLTICH.**



**LANDESFRAUENGRUPPE**

Fortsetzung von Seite 5

Glücklicherweise hat die Führung der Polizei aufgrund der Personalknappheit und der immensen Arbeitsverdichtung gepaart mit immer größeren Einsparungen den Stellenwert dieses weichen Faktors erkannt.

Bedauerlicherweise steht diese Theorie der Ausbildung teilweise entgegen. Nach Aussagen der Absolventinnen und Absolventen der letzten Q2-Ausbildung wurden von ihnen zusätzliche Leistungen, die als Karrierestunden deklariert wurden, erwartet.

Selbstverständlich darf von der kommenden Führung eine hohe Leistungs- und Lernbereitschaft erwartet werden. Nachbereitungen und Vertiefung der Lehrinhalte der HfÖV werden unisono als Teil dieser Qualifizierung akzeptiert.

Doch ob das Einfordern von bis zu 80 Karrierestunden (ohne Mehrvergütung oder Freizeitausgleich) von Projektverantwortlichen Führungskräften die Ansprüche an eine moderne Führungskräftequalifizierung gewährleistet, erscheint mir sehr fragwürdig.

Hierzu fällt mir lediglich der Spruch meiner Großeltern „Lehrjahre sind keine

Herrenjahre“ ein. Nein, das muss Vergangenheit sein! Es würde alles konterkarieren!

Ich bin der Überzeugung, mit der Qualifizierung ist der Führung ein richtig großer Coup gelungen. Die ewig Gestrigen müssen geoutet und ausgebremst werden, denn auch sie müssen lernen, dass die 40-Stunden-Woche die Regel ist und dass sie besonders mit der Freizeit ihrer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sorgsam umgehen müssen.

*Siggi Holschen,  
Landesfrauengruppe*

**KREISGRUPPE BREMERHAVEN**

**Das Große Bürger- und Polizeifest –  
Die Party 1987 bis 2012**

**E**rinnert sich noch jemand an 1987? Das war ein ereignisreiches Jahr!

Matthias Rust landete mit seinem Sportflugzeug in Moskau auf dem Roten Platz vor dem Kreml. Michail Sergejewitsch Gorbatschow kündigt die Perestroika an. Berlin wird 750 Jahre alt, und aus diesem Anlass fordert Ronald Reagan den russischen Parteichef auf, die Berliner Mauer einzureißen. Erich Honecker kommt zum Staatsbesuch in die Bundesrepublik.

1987 ist das Jahr der Barschel-Affäre. Die Auseinandersetzungen um die Startbahn West am Flughafen Frankfurt am Main erreichten ihren Höhepunkt. Zwei Kollegen werden bei Krawallen erschossen.

Rudi Carrell erlaubt sich in seiner „Tagesshow“ einen Witz über Ayatollah Khomeini und erhält daraufhin Morddrohungen.

Michael Jackson veröffentlicht „Bad“, das lange erwartete Nachfolgealbum von „Thriller“ und der Hit des Jahres ist „Dance with somebody“ von Whitney Houston. Thomas Gottschalk moderiert seine erste „Wetten, dass“-Sendung – drei Monumente der Unterhaltungsbranche, die für die Vergänglichkeit stehen.

1987 bringt die Fernsehsendung „Monitor“ einen Bericht über Würmer in Fischen und löst damit den Nematoden-Skandal aus, der sich auch auf Bremerhaven auswirkt.

In dem Jahr veranstaltet der damalige Kreisgruppenvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, **Albert Marken**, das 1. Große Bürger- und Polizeifest!

Die Idee war einfach: Bürgerinnen und Bürger feiern gemeinsam mit der Polizei. Für die Polizei gehören die bundesweit stattfindenden Polizeifeste mittlerweile als fester Bestandteil zur Imagepflege. Wie könnte man besser Bürgernähe leben, als wenn man sich beim gemein-

samen Feiern kennenlernt. Im Übrigen sei angemerkt, dass Polizistinnen und Polizisten es verstehen zu feiern, so viel steht fest. Das gilt in ganz besonderem Maße für die kommunale Polizei in Bremerhaven.

Die ersten Bürger- und Polizeifeste waren als festliche Bälle konzipiert und hatten schnell einen hohen gesellschaftlichen Stellenwert. Veranstaltungsort war das Parkhaus in Leherheide.

Ende der Neunziger Jahre übergab Albert Marken den Kreisgruppenvorsitz an Dieter Wall. Das Bürger- und Polizeifest schwächelte damals. Vor allem blieben zunehmend die Kolleginnen und Kollegen aus. Möglicherweise lag es daran, dass Galaveranstaltungen aus der Mode kamen. Es war Zeit für ein neues Konzept und so engagierte das Festkomitee 1999 die damals in Bremerhaven noch unbekanntes Nordenhamer Coverband „Prime Time“. Dafür gab es einen nahe liegenden Grund, sowohl der Sänger als auch der Gitarrist der Band waren Kollegen der Ortspolizeibehörde. Fortan wurde es lockerer und rockiger.

Das Konzept wurde danach auch von Dieter Walls Nachfolger Manni Thode konsequent fortgesetzt. Aus dem „Ball“ wurde „Die Party“. Die Veranstaltung wurde in das „Haus am Blink“ verlegt, fand danach in der Strandhalle statt. Vorübergehend spielten sogar zwei Bands bei der Veranstaltung, die Lokalmatadoren „Black Beats“ und „Prime Time“.



**Albert Marken begrüßt die Gäste des ersten Bürger- und Polizeifestes in Bremerhaven**



KREISGRUPPE BREMERHAVEN



Die Gästezahlen der Bremerhavener Party steigen von Jahr zu Jahr

Die Gästezahlen stiegen wieder so stark an, dass es in der Strandhalle zu klein wurde. 2008 hat „Die Party“ ihre Heimat im Foyer der Stadthalle Bremerhaven gefunden. Und dort findet dann am 29. September das Jubiläum statt.

## 25. Bürger- und Polizeifest

am 29. September, um 20.00 Uhr in der Stadthalle Bremerhaven.

Karten: Kartenvorverkaufsstelle der Stadthalle Bremerhaven  
Eintritt 10,- Euro  
Der Eintritt ist für Mitglieder der GdP und deren Begleitung frei.

## FACHGRUPPE SCHUTZPOLIZEI

# Jahr EINS nach dem Tossenspapier

Im Juni 2012 das Rückspiel/Beharrlichkeit führt zum Ziel!

*Unter der Überschrift und dem Leitbild „Wertschätzung“ wurden im Mai 2011 der damalige Polizeivizepräsident, Herr Müller, und der damalige Leiter der Schutzpolizei, Herr Fasse, in Tossens mit den euch hinreichend bekannten Missständen konfrontiert: Ergebnisse der Fragebogenaktion der Fachgruppe –S–, mangelnde Perspektiven, ungerechte Bewertung, Personalunterdeckung, Verbesserung des unzeitgemäßen und gesundheits-schädlichen Schichtplanes, Funkproblematik, Strategien bezüglich Zunahme von Gewalt gegen Schutzleute, unangemessene Ausrüstung etc.*

Konkrete Forderungen wurden von der Fachgruppe abgeleitet und schriftlich fixiert. Das war die Geburtsstunde des sogenannten „Tossenspapiers.“

Liebe Kolleginnen u. Kollegen, auf der Website der GdP ([www.gdp-bremen.de](http://www.gdp-bremen.de))

Fortsetzung auf Seite 8



Fortsetzung von Seite 7

u. a. Deutsche Polizei August 2011, Landesjournal, Seite 6) findet ihr hierzu einen informativen Artikel. Im Februar 2012 (Landesjournal, Seite 4) erschien zu diesem Thema ein weiterer Beitrag. In der Zwischenzeit hat sich die Situation weiter verschärft. Die Arbeitszeitverlängerung sogar für Beamte, die seit mehr als 30 Jahren Wechselschichtdienst leisten, musste von uns als nächste Kröte geschluckt werden.

In Vorbereitung auf das diesjährige Tossens-Seminar erinnerte die Fachgruppe –S– Herrn Fasse noch in seiner Funktion als Direktionsleiter im März 2012 in schriftlicher Form an unsere Forderungen. Im April 2012 antwortete die Leitung mit einem Sachstandbericht, der dann inhaltlich Punkt für Punkt von den Seminar-Teilnehmern nachgefragt wurde.

Weiter gab es informative Fachbeiträge u. a. von Nils Winter zur altersgerechten Personalsteuerung, von Daniel Alves-Dionasio zur Rechtsproblematik bei der Anordnung von Blutentnahmen und von Jörg Kleischmann zur Berücksichtigung wissenschaftlicher und arbeitsmedizinischer Erkenntnisse im Schichtdienst. So waren wir intensiv und gut auf das Treffen mit unserem neuen Polizeipräsidenten, Herrn Müller, sowie dem neuen Leiter der Schutzpolizei, Herrn Zottmann, vorbereitet.

Beide Führungskräfte nahmen sich viel Zeit für unsere, also eure Belange. Engagiert, leidenschaftlich, konstruktiv und natürlich phasenweise kontrovers tauschten wir uns – vom Fachgruppenvorsitzenden Holger Witt gewohnt souverän moderiert – an beiden Tagen bis weit nach 18.00 Uhr mit ihnen aus.

### Beharrlichkeit trägt erste Früchte

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Beharrlichkeit der Fachgruppe trägt die ersten Früchte. Wir alle haben noch einen weiten Weg vor uns. Erfreulich ist, dass unsere Führung diverse Missstände nicht mehr ignoriert, sondern im Rahmen ihrer Möglichkeiten versucht, diese zu beseitigen. Chapeau! Die Mitglieder der Fachgruppe werden euch nach und nach detailliert über den Stand der Entwicklungen und Ergebnisse informieren. Hier zunächst ein kurzer Auszug:

#### **PP Herr Müller:**

**Spuckhauben** – Zum Schutz der Kollegen ordnete der PP den Einsatz der Hauben bis zur endgültigen Entscheidung des SFI an. Der SFI kassierte diese Weisung. Unser PP und auch wir bleiben natürlich dran. Unser aktueller Flyer sorgte bereits für Me-

dienecho und Anfragen von innenpolitischen Sprechern einiger Parteien.

**Anordnungsproblematik BE** – Auch hier war, ist und bleibt der PP am Ball. Informationen folgen.

**Altersgerechte Personalsteuerung** – Ein kompletter Wechsel im psychisch/physisch hoch belasteten ESD (Wechselschichtdienst) soll angeblich innerhalb der nächsten fünf Jahre möglich sein. Positiv zu bewerten ist ferner, dass sich für die überalterten Schutzpolizisten neue Perspektiven eröffnen werden, nicht nur bei der Direktion –S–.



**Teilnehmer des Seminars in der Diskussion mit dem Polizeipräsidenten Lutz Müller**

**Perspektiven auch für die Jüngeren, beschämende DUZ-Vergütung, Bewertung und Beförderungsmöglichkeiten**, alles kam auf den Tisch. Unser Polizeipräsident zog sich den Unmut der Tossensteilnehmer zu, als er anmerkte: „Wenn der Wechselschichtdienst zu attraktiv wird, dann will keiner mehr raus. Das wollen wir nicht.“ Allerdings stimmte uns Herr Müller mit seinen weiteren Ausführungen wieder milde. Nach seiner Meinung ist die DUZ-Vergütung viel zu gering und eine Lebensarbeitszeitverlängerung ohne Ausnahme- und Würdigung jahrzehntelangen Wechselschichtdienstes ungerecht. Wenn unser PP diese Position künftig auch gegenüber dem Sfi und den Medien vertritt, können wir zufrieden sein.

**ESV/Sporterlass:** Aufgrund des Personalmangels ist es während der Dienstzeit nicht möglich, Sport zu betreiben. Um die Vorgaben des Sporterlasses erfüllen zu können, ist ein regelmäßiges Training allerdings auch außerhalb erforderlich. Der PP folgte unserer Argumentation. Hier konnten wir eine echte Verbesserung des Status quo verbuchen: Der PP sagte zu, dass es eine Stundengutschrift für den Sport geben wird, die Modalitäten werden noch geklärt.

#### **Direktionsleiter –S–:**

**Herr Zottmann** erschien vorbereitet und redete Tacheles. Er signalisierte, dass

er im Rahmen seiner Möglichkeiten die Probleme innerhalb seiner Direktion angehen will. Er schlug einen regelmäßigen Austausch mit der Fachgruppe in jedem Quartal vor. Allein schon seine regelmäßigen Besuche der Dienststellen sind ein Indiz dafür, dass sich Herr Zottmann ernsthaft für die Probleme seiner Direktion interessiert. Unser Leiter –S– beklagte die unzeitgemäße Ausrüstung seiner Mannschaft und artikuliert klar, was er versucht, in unserem Sinne umzusetzen. Ergo: In den meisten Punkten liefen wir bei ihm offene Türen ein: Distanzwaffen/Taser,

Elektroschocker, MES, Spuckhauben, Zellenfixierung, Ausstattung der Dienststellen, Problem Klimaanlage usw. sind aktuelle Themen, die schnell behandelt und gelöst werden müssen.

Der Leiter –S– möchte ein Budget für die Gebäudeunterhaltung und Kleinbedarf einfordern, um schnell

und adäquat reagieren zu können.

Thematisiert wurden außerdem u. a.: Reform NEU, Fzg.-Steuerung, Revier- und Standortschließungen, KOP-Stationen, TI-Fahrzeuge, Umstrukturierung PWS, TOSSENSPAPIER, Personalmangel, Fehlrechnung: 2,5 Beamte pro FustKw, WEL fährt allein, zweiter Mann am Wachtresen.

Thematisiert wurden ferner die Komplexe Personalmangel, Personalsteuerung, fünfter FustKw für den ESD-Süd, Funkproblematik, Personalentwicklung usw.

Bremen ist bekanntlich ein Haushaltsnotlageland. Die politisch Verantwortlichen werden auch weiterhin versuchen, die Polizeibeamten überproportional zur Konsolidierung des maroden Haushaltes heranzuziehen. Auch unsere Führungskräfte müssen versuchen, sowohl den Ansprüchen des Bürgers und der Politik als auch der Polizeibeamtinnen und -beamten gerecht zu werden. Wir erwarten, dass unsere Führung ihrer Fürsorgepflicht nachkommt und sich in den Medien und gegenüber dem SFI im Sinne der Kolleginnen und Kollegen klar positioniert.

Wenn den Worten auch Taten folgen, dann war das diesjährige Treffen in Tossens ein großer Schritt in die richtige Richtung. Wir bleiben dran!

*Michael Birkhan*

